

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTUMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 11. Dezember 1969

Blatt 3549

Personalsituation leicht gebessert
=====

2. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform.

Referent Stadtrat Hans Bock (SPÖ).

Einnahmen 337,090.800 Schilling, Ausgaben 1,049.745.100 Schilling.

Wien, 11.12. (RK) In seinem Referat stellte Stadtrat Hans Bock (SPÖ) eine "leicht gebesserte Personalsituation bei der Stadt Wien" fest. Diese Entwicklung ist besonders erfreulich, da insgesamt die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Wien seit 1964 gesunken ist. Das bedeutet allerdings nicht, daß der öffentliche Dienst auf längere Sicht keinen Bedarf an Arbeitskräften mehr hätte. Denn die Erwartungen des Bürgers hinsichtlich der von der öffentlichen Hand übernommenen Aufgaben steigen ständig, was sich übrigens in allen Großstädten, besonders auf dem Dienstleistungssektor, deutlich verfolgen läßt. Für das Jahr 1970 sieht der Dienstpostenplan beim Magistrat (ohne die Wiener Stadtwerke) eine

./.

Vermehrung um 844 Dienstposten gegenüber 1969 vor. Damit beträgt der Personalstand etwas mehr als 36.000 Bedienstete. Dagegen ergibt sich bei den Wiener Stadtwerken eine Reduktion um 431 Bedienstete (1970 : 17.605).

Für die Hoheitsverwaltung werden die Personalabgaben bei rund vier Milliarden Schilling liegen, das ist eine absolute Steigerung um nicht ganz 400 Millionen Schilling. Die Stadtwerke rechnen mit einem Personalaufwand von 2,5 Milliarden Schilling, das ist eine Vermehrung um rund 145 Millionen.

Ein besonders aktuelles Problem ist die Arbeitszeitverkürzung, deren erste Etappe zu Beginn des Jahres 1970 in Kraft tritt. Es bieten sich dafür verschiedene Lösungsmöglichkeiten an: Intensivitätssteigerung, Rationalisierung der Betriebsorganisation, Leistung von Überstunden, Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften oder Investitionen.

Eine einheitliche Lösung ist nicht möglich. Im reinen Verwaltungsdienst wird sich voraussichtlich eine Personalvermehrung vermeiden lassen. Dort jedoch, wo ein kontinuierlicher Dienst erforderlich ist, muß geprüft werden, ob organisatorische Maßnahmen die Arbeitszeitverkürzung kompensieren können. Sollte eine Neuregelung nur durch Personalvermehrung möglich sein, wird dies auf Schwierigkeiten in Anbetracht der bestehenden Arbeitsmarkt-Situation stoßen.

Stadtrat Bock beschäftigte sich dann mit dem Einzug des Computers in die Verwaltung. Steigende Einsatzmöglichkeiten werden sichtbar: Der Anwendungsbereich im Rechnungswesen ist bereits gesichert, weitere Arbeitsgebiete werden erschlossen. Dazu gehört vor allen die medizinische Dokumentation im Spitalswesen. Dieser Einsatz kann zur Beschleunigung von Verwaltungsvorgängen führen. Außerdem gilt es, für den Bereich der Daten- und Informationsspeicherung die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Allerdings kann der Computer weder jetzt noch in Zukunft den Menschen das Wagnis der Entscheidung abnehmen.

Bock stellte die Forderung auf, daß sich die Tätigkeit der Verwaltung immer beweglicher gestalten müsse: "Es dürfte unvermeidlich sein, die strenge Zuständigkeitsverwaltung zugunsten einer stärkeren Teamarbeit abzubauen."

Zu der Identifizierung der Verwaltung mit Bürokratie erklärte der Personalstadtrat, daß nur etwa ein Zehntel der 54.000 Gemeindebediensteten aus "Schreibtisch-Bürokraten" besteht. Der öffentliche Dienst bietet in Wien ein buntes Bild verschiedenster Berufe - allein 16.000 Bedienstete sind im Spitals- und Wohlfahrtswesen tätig. Das ist aber noch nicht alles: Die Verwaltungsorganisation darf nicht nur an vorhandenen Bedürfnissen orientiert sein, sie muß für weiteren Bedarf Vorkehrungen treffen.

Schließlich erneuerte Bock die Zusicherung, daß Reorganisationsbestrebungen grundsätzlich nicht zu Kündigungen führen werden. Eventuelle Überhänge werden durch den normalen Personalabgang aufgefangen. Allerdings wird es nicht zu vermeiden sein, daß bei Auflassung von Dienstposten manche Bedienstete an andere Dienststellen versetzt werden, wo eine personelle Verstärkung notwendig ist.

Ein Rückblick an der Schwelle des Jahres 1970 läßt erkennen, daß die Verwaltung in den letzten zehn Jahren beachtliche Veränderungen erfahren hat. Alle Aufgaben und Probleme wurden in Wien bewältigt. Für die Zukunft ist die Verwaltung der Bundeshauptstadt gut vorbereitet, sie hofft, die Schwierigkeiten des kommenden Jahrzehnts erfolgreich zu überwinden. (Forts.)

"Kultur zum Überleben"
=====

2. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe III, Kultur, Schulverwaltung und Sport.

Referent Vizebürgermeister Gertrude Sandner (SFÖ).
Einnahmen 48,882.400 Schilling. Ausgaben 752,920.700 Schilling.

Wien, 11.12. (RK) In ihrer Budgetrede umriß Kulturstadträtin Gertrude Sander die Aufgaben der Generationen, die das Jahr 2000 zu verantworten und die Voraussetzungen für den Anbruch des dritten Jahrtausends vorzubereiten haben werden. Da die Privatsphäre des Menschen durch die fortschreitende Entwicklung der Kommunikationsmittel immer weiter, immer tiefer gefährdet werde, müsse ihre Bewahrung als ein zu schützendes Grundrecht des Menschen erkannt werden. Daher müßten die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Bevölkerung vom Geistigen her dem Wien der Zukunft das Profil geben könne, welches seiner europäischen Tradition und den daraus erwachsenden Aufgaben entspreche. Während der äußere Kampf um das Leben der Menschen durch technische Zivilisation und Wohlfahrt erleichtert werde, wachse die Bedrohung des Daseins auf einer anderen Ebene - jener im geistig-seelischen Bereich. Daher sei die Kultur heute gewissermaßen das Feld, auf dem Entscheidungen im Kampf um die Selbstbehauptung fallen werde.

Noch immer betrachtet man Kultur als Luxus - nicht unbedingt notwendig. Aber wir haben Kultur notwendig, nicht nur zum Leben - wir werden sie bitter notwendig haben zum Überleben.

Das Wien des Jahres 2000 muß immer noch Wien sein: die Eigenart und Einmaligkeit der kulturellen Atmosphäre, seine großartigen geistigen Leistungen, kulturellen Schöpfungen müssen erhalten bleiben und neue, den Zeitgegebenheiten entsprechende Aufgaben hinzugefügt werden. Daß die Stadtverwaltung die Probleme und Aufgaben erkannt hat und bereit ist, sie in diesem Sinne zu lösen, beweisen die Ansätze des Budgets 1970. ./.

Die Referentin beschäftigte sich zunächst mit den Strukturschwächen des österreichischen Schulwesens und den geplanten Schulversuchen, mit deren Hilfe in Wien neue Methoden und neue Erkenntnisse geprüft und danach eine permanente Reform des österreichischen Schulwesens eingeleitet werden sollen. Von materiell-baulicher Seite stehen diesen Bestrebungen in Wien keine Hindernisse entgegen: "Seit dem Jahr 1965 wurden für unsere Schulen zwei Milliarden Schilling ausgegeben. Im Jahr 1970 werden wir an 29 Schulen weiterbauen und weitere zehn mobile Klassen für vorübergehenden Spitzenbedarf einsetzen. Für das kommende Jahr ist eine Schulausstellung vorgesehen, die dem behinderten Kind gewidmet sein wird.

Als immer noch übersehenes und vergessenes Stiefkind ist die Erwachsenenbildung zu bezeichnen. Seit 45 Jahren fehle die Fixierung der Wirkungsbereiche des Bundes und der Länder auf diesem Gebiet. Ein Volksbildungsgesetz müsse eine entscheidende materielle und effektive Verbesserung der gegenwärtigen Situation bringen, doch müsse ein solches, das nur reglementieren wolle, von vornherein abgelehnt werden. Um der Volksbildung eine freizügige und materiell gesicherte Entwicklung zu sichern, sehe das Kulturbudget sieben Millionen Schilling (um 133 Prozent mehr seit 1966) für die Volksbildung und weitere 7,5 Millionen Schilling für bauliche Arbeiten vor.

Wie wichtig Erwachsenenbildung sei, zeigen die alarmierenden Untersuchungsergebnisse über die mangelnde Lesefreudigkeit der Österreicher. Das Bemühen um das gute Buch müsse verstärkt werden, was mit einschließe, daß man sich auch auf diesem Gebiet der Bildungsarbeit für moderne Werbemethoden entscheiden muß. Durch die Eröffnung des "Haus des Buches" am 15. Jänner mit seinen vorbildlichen Einrichtungen leiste Wien nicht nur einen entscheidenden Beitrag, sondern habe ein neues Wiener Kulturzentrum geschaffen.

Das Wiener Musikleben dürfe nicht allein von glanzvollen Aufführungen und Dirigenten mit noch glanzvolleren Namen abhängen, sondern müsse vor allem von tausenden Musikbegeisterten und Musikausübenden getragen werden.

Die Resultate der gegenwärtigen Musikerziehung werden also die künftige Position von Wien als der Stadt der Musik kennzeichnen, daher die Förderung des Konservatoriums und der Kindersingschulen der Stadt Wien sowie die konsequente Fortführung der Schülerkonzerte, der Einbau von Musikschulen in Gemeinschaftshäuser und das Fortsetzen der Versuche mit Jazz-Musik.

Neben dem Problem, die Freizeit sinnvoll und produktiv zu gestalten, dränge sich die Frage nach Möglichkeiten geistiger Anregung für ältere Menschen unabwendbar auf. Das Hinführen zum Musischen von frühester Jugend an sichere einen zufriedenen, weil erfüllten Lebensabend.

Untrennbar von der Freizeitgestaltung sei der Sport, der speziell in der modernen Industriegesellschaft bedeutungsvolle Funktionen zu erfüllen habe. 57,9 Millionen stehen für den Bau von Großsportanlagen, für die Förderung von Sportverbänden und Sportaktionen, für Neuplanungen der Schisprunganlagen im 14. Bezirk und der sogenannten Schweißtropfenbahn im 3. Bezirk zur Verfügung. Rechne man noch die Summen für den Ausbau von Bädern, Turnsälen und Sporthallen in Großschulen hinzu, ergebe sich ein Gesamtbetrag von 93 Millionen für die Sportförderung.

Die Festwochen 1970 werden wie bisher kulturelle Höhepunkte bringen. Im Theater an der Wien wird unter Leonard Bernstein eine Fidelio-Aufführung stattfinden, das 100jährige Jubiläum des berühmten goldenen Musikvereinsales wird mit 22 Orchesterkonzerten unter berühmten Dirigenten gefeiert werden. Im Vordergrund wird der Wunsch stehen, "Festwochen für Wien" zu gestalten und nicht nur "Festwochen in Wien".

Insgesamt 15,5 Millionen stehen zur Verfügung, von denen der Bund 3,5 Millionen Schilling trägt. Vergleicht man die Summen, die der Bund für die Salzburger Festspiele, ja selbst für die Bregenzer Festspiele zur Verfügung stellt, könne mit Bedauern festgestellt werden, daß es ein interessantes Subventionsgefälle von West nach Ost zu verzeichnen gibt.

Von diesem Gefälle seien auch die Wiener Symphoniker betroffen, deren glanzvolle Leistungen offenbar nicht ausreichen, die zuständigen Stellen in den Ministerien vor der internationalen Bedeutung dieser Sendboten Österreichs zu überzeugen. Auch hier müsse die Stadt immer mehr Mittel bereitstellen, um den künstlerischen Bestand dieses berühmten Klangkörpers nicht zu gefährden.

Um den steigenden Bedarf an Subventionen für Wiener Theater zu bedecken, sind 49 Millionen vorgesehen. Darüber hinaus helfe die Stadt Wien entscheidend dem Theater der Jugend, das zur größten Institution dieser Art in Europa geworden ist. In der Saison 68/69 registrierte man eine Besucherzahl von 760.349 Personen. Allein im Theater an der Wien zählte man bei Eigenproduktionen des "Theaters der Jugend" mehr als 100.000 junge Besucher.

Das Theater an der Wien sei nicht nur zum bestbesuchten und meistbespielten Wiener Theater geworden, sondern habe sich in den Vordergrund der europäischen Musical-Theater gespielt und zu einer eigenen Linie gefunden.

Die österreichische Filmkrise dauere weiter an. Es fehle ein Filmförderungsgesetz. Die Stadt Wien werde jedenfalls vor allem den Kulturfilm fördern.

"Es gibt die Kunst der Zeit, doch oft hat es den Anschein, daß unsere Zeit keine Zeit für die Kunst hat", erklärte die Rednerin. In der Demokratie habe die Kunst die Freiheit, laufe aber Gefahr, die Beachtung zu verlieren.

Es sei daher Aufgabe der städtischen Kulturpolitik, unermüdlich nach neuen Möglichkeiten zu suchen, die zur Auseinandersetzung mit dem Künstler - zum Engagement - führt. Mit Aufträgen, Ausstellungen und Diskussionen wolle man auch 1970 versuchen, die Kluft zwischen Künstler und Publikum ein wenig zu überbrücken.

Für Stiftungen, Stipendien und Forschungsaufträge sowie für Förderung von Forschung und Wissenschaft sind 67,7 Millionen vorgesehen.

Zu den Aufgaben, die Wien im europäischen und internationalen Rahmen zu erfüllen habe, gehöre die Erhaltung der historischen baulichen Kostbarkeiten. Das vorbereitete Wiener Altstadtgesetz, die Altfassadenaktion und die Bemühungen um die Erhaltung der Schönheit der Landschaft rund um Wien tragen dazu bei.

Der Naturschutz und der Landschaftsschutz müssen mehr als ein Schlagwort sein. Das Jahr 1970, zum europäischen Naturschutzjahr erklärt, erfährt seinen Niederschlag im Wiener Europa-gespräch, das unter dem Motto "Mensch und Natur in der europäischen Großstadt" steht.

Die Errichtung von kulturellen Zentren in den Wiener Randgebieten wird fortgesetzt. Neue Häuser der Begegnung entstehen in der Großfeldsiedlung, in Kagran und in Liesing.

Der innerösterreichische Kulturaustausch wird sich 1970 vor allem auf die Steiermark und Oberösterreich konzentrieren; 1971 auf das Burgenland.

Abschließend erklärte Vizebürgermeister Gertrude Sandner, daß Wien eine weltoffene Stadt mit einer faszinierenden Gegenwart sei, die sich bemüht, ihre Aufgaben in der Zukunft zu erfüllen. Das erfordert dynamische Aktivität. Das Budget ihrer Geschäftsgruppe habe viele Möglichkeiten, für diese großen Aufgaben im europäischen und internationalen Bereich zu arbeiten.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

u-bahnhilfe bei existenzbedrohung: rathaus und handelskammer einig

1 wien, 11.12. (rk) die gemeinde wien und die kammer der gewerblichen wirtschaft fuer wien haben sich auf eine gemeinsame hilfsaktion fuer jene gewerbetreibenden geeinigt, die durch den u-bahnbau in ihrer existenz bedroht sind. kammer und stadtverwaltung werden fuer eine reihe von unterstuetzungsmassnahmen zunaechst je zwei millionen schilling zur verfuegung stellen. das ergebnis der expertenbesprechungen wurde mittwoch abend dem vorstand der wiener handelskammer vorgelegt und von diesem gremium gutgeheissen. dem wiener gemeinderat wird die vereinbarung ueber diese gemeinsame aktion voraussichtlich noch im dezember zur entscheidung vorgelegt.

die in aussicht genommenen hilfsmassnahmen fuer die durch den u-bahnbau in ihrer existenz bedrohten gewerbetreibenden bestehen aus kostenloser betriebsberatung, zinsenzuschuessen fuer bankkredite (hoechstens fuef prozent jaehrlich und laengstens bis zwei jahre nach wegfall der beeintraechtigung), uebernahme von buergschaften, gewaehrung niederverzinslicher darlehen (drei prozent jaehrlich) und schliesslich zahlungen an solche gewerbetreibende, die infolge der beeintraechtigung durch den u-bahnbau ihren betrieb fuer immer einstellen mussten. diese massnahmen koennen einzeln oder in geeigneter kombination gewaehrt werden.

die gewaehrung von hilfsmassnahmen, auf die kein rechtsanspruch besteht, ist an eine reihe von voraussetzungen gebunden: der bewerber muss mitglied der wiener handelskammer sein und muss sein gewerbe an diesem standort bereits zum zeitpunkt der genehmigung der arbeitvergabe durch den gemeinderat ausgeuebt haben. der gewerbebetrieb muss im baustellenbereich liegen und die beeintraechtigung in einen unmittelbaren zusammenhang mit der bautaetigkeit stehen. die beeintraechtigung muss zudem das zumutbare ausmass uebersteigen und den gewerbetreibenden in seiner existenz bedrohen. konjunkturbedingte nachfrage- oder einnahmerueckgaenge, die unabhaengig vom u-bahnbau zu einer existenzbehinderung fuehren, zaehlen naturgemaess nicht zu solchen beeintraechtigungen.

voraussetzung fuer die gewaehrung von hilfsmassnahmen ist zudem der nachweis, schon vor beginn der beeinträchtigung den betrieb ordnungsgemaess gefuehrt zu haben. ausserdem muss der bewerber alle betriebseigenen und im zumutbaren ausmass auch die privaten mittel zur abwendung der existenzbedrohung herangezogen haben. zum nachweis der behaupteten existenzbedrohung muessen alle notwendigen geschaeftsunterlagen der letzten drei jahre vor beginn der u-bahnbauarbeiten vorgelegt werden. die beeinträchtigung durch die bautaetigkeit muss ueberdies mindestens 18 monate gedauert haben.

in besonders beruecksichtigungswuerdigen faellen kann allerdings eine hilfe bei nichtvorliegen dieser voraussetzung gewaehrt werden. schliesslich heisst es in den richtlinien der gemeinsamen aktion noch, dass die gewaehrung einer hilfe - mit ausnahme der betriebseinstellungen - die gesundung des unternehmens nach beendigung der beeinträchtigung erwarten lassen kann.

fuer die durchfuehrung dieser aktion sind kammer und magistrat zustaendig. ansuchen koennen daher in zweifacher ausfertigung, sowohl bei der wiener handelskammer wie auch beim magistrat eingereicht werden. alle diese eingaben sind stempelfrei.

die ueberpruefung aller unterlagen beziehungsweise die erhebungen im betrieb selbst werden von den beauftragten der kammer und den organen des magistrates gemeinsam durchgefuehrt. kommt es zwischen diesen fachleuten zu keinem einvernehmen, entscheidet eine aus je zwei vertretern des magistrates und der kammer zusammengesetzte kommission. dieses gremium hat grundsuetzlich seine entscheidung einstimmig zu treffen. in den richtlinien heisst es ausdruecklich, dass die entscheidung ueber die gewaehrung von hilfen in der kuerzest moeglichen zeit zu erfolgen hat.

wurde eine hilfsmassnahme durch falsche urkunden oder auf eine andere art erschlichen, muessen die kosten natuerlich zurueckgezahlt werden. die bestimmung ueber die sofortige rueckzahlung gilt auch fuer jene darlehen, die nicht widmungsgemaess verwendet worden sind.

abgeordnete in der parteidemokratie
eine empirische untersuchung des wiener gemeinderates

2 wien, 11.12. (rk) mit dem buch der beiden jungen oesterreichischen wissenschaftler und mitarbeiter des fordinstitutes peter gerlich und helmut kramer "abgeordnete in der parteidemokratie - eine empirische untersuchung des wiener gemeinderates und landtages" liegt die erste umfassende oesterreichische politologische untersuchung vor.

dr. kramer und dr. gerlich praesentierten im rahmen einer pressekonferenz im fordinstitut in der stumpergasse dieses forschungsergebnis, das, wie die autoren betonten, die zweitwichtigste gesetzgebende koerperschaft der republik oesterreich auf 246 seiten genau unter die lupe nimmt. bei ihrer arbeit, die vom kulturamt der stadt wien gefoerdert wurde, orientierten sich die beiden politologen an methoden der modernen empirischen sozialwissenschaft. grundlage waren vor allem speziell strukturierte interview mit insgesamt 98 der 100 wiener gemeinderaete. zunaechst wird von den autoren genau untersucht, wer die abgeordneten sind, wie sie volksvertreter wurden und worin sie ihre aufgaben sehen. es folgen beschreibungen ueber die herkunft, die bildungs-, berufs- und altersstruktur sowie ueber die stellung der weiblichen abgeordneten. kramer und gerlich vergassen im verlauf des dreijaehrigen forschungsvorhabens natuerlich nicht, unterschiede zwischen den beiden grossen fraktionen herauszuarbeiten und dafuer plausible erklaerungen abzugeben.

in drei abschnitten wird die frage nach abgeordnetentaetigkeit oder der rolle der volksvertreter behandelt. den mandataren wird gelegenheit gegeben, ihre stellung zunaechst gegenueber partei und fraktion, dann gegenueber wahlbezirk und waehlern, schliesslich im entscheidungsprozess und gegenueber den staedti-schen beaemten zu beschreiben und zu definieren.

ein weiterer abschnitt analysiert die "fraktionsspitzen" und die sogenannten "hinterbaenkler", die sich vor allem mit koordinierungsfragen beschaeftigen. die interviewten politiker wurden auch mit unangenehmen fragen konfrontiert, die sie in den meisten faellen sehr offenherzig beantworteten. so wurden sie nach ihren karriereambitionen genauso gefragt wie nach ihren enttaeuschungen. von nicht geringer bedeutung ist in diesem zusammenhang die zeitliche belastung aller abgeordneten durch repraesentationspflichten und ansuchen ihrer anhaenger.

im rahmen der praesentation des buches erklarte der direktor des fordinstitutes, univ.-prof. dr. gerhart b r u c k m a n n , dass derartige untersuchungen nur in einer grossforschungsstelle, wie sie das fordinstitut darstelle, durchgefuehrt werden koennen. das fordinstitut wurde im jahre 1963 unter mitwirkung der stadt wien und der fordfoundation ins leben gerufen. die stadtverwaltung stellte damals ein modernes gebaeude in der stumpergasse 56 zur verfuegung. aufgabe des instituts ist die lehre und forschung. es dient der weiterbildung von graduierten akademikern in den sparten politologie, soziologie und oekonomie. im rahmen von zweijaehrigen lehrgaengen werden echte spezialisten herangebildet, denen bestbezahlte posten in der wirtschaft, im diplomatischen dienst und in internationalen organisationen winken.

dem lehrkoerper gehoeren so prominente professoren wie die oesterreich-amerikanischen nationaloekonomen haberler und morgenstern sowie der aussenpolitische chefberater praesident nixons, henry kissinger (havard university, cambridge, mass., usa), an. waehrend ihrer zweijaehrigen ausbildung beziehen die studenten des instituts ein monatliches stipendium von 3.000 schilling.

dritte oesterreichische damenmeisterschaft
im eisschiessen in der donauparkhalle

4 wien, 11.12. (rk) die wig-halle im donaupark ist samstag,
den 13. dezember, schauplatz der vom wiener landeseisschuetzen-
verband durchgefuehrten dritten oesterreichischen damenmeister-
schaft im eisschiessen. zahlreiche damenmannschaften aus ganz
oesterreich haben ihr kommen zugesagt und werden unter beweis
stellen, dass dieser sportzweig keineswegs nur ''maennersache''
ist.

vizebuergemeister gertrude s a n d n e r , die den ehren-
schutz ueber diese veranstaltung uebernommen hat, wird dabei
selbst zum eisstock greifen und die wettkaempfe mit einem
kraeftigen ''anschub'' eroeffnen.

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 15. bis 28. Dezember

Wien, 11. 12. (RK)

Montag, 15. Dezember:

- 11.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Kulturamt der Stadt Wien - Theater der Jugend: ..Orchesterkonzert für Schüler der vierten Klassen der Haupt- und allgemeinbildenden höheren Schulen wie des Polytechnischen Lehrganges; Wiener Symphoniker, Dirigent: Hans Swarowsky, Hans Urbanek, Orgel - Susanne Grünwald und Manuela Wiesler, Flöte - Klaus Maetzl, Violine.
(Mozart: Ouv. zur Oper "Die Entführung aus dem Serail"; Joh.Seb.Bach: Toccata und Fuge d-Moll, BWV 565; Beethoven: V.Symphonie c-Moll, op.67, 1.Satz (Allegro con brio); Cimarosa: Konzert für zwei Flöten und Orchester, 1.Satz; Strawinsky: Aus der Ballettsuite: "Der Feuer-vogel": Teufelstanz des Königs Kaschtschei, Wiegenlied und Finale; Lalo: Symphonie espagnole für Violine und Orchester, op.21, 1.Satz; Joh.Strauß (Sohn): Ouv. zur Operette "Die Fledermaus")
- 19.30 Uhr, Funkhaus, Großer Sendesaal, Österreichischer Rundfunk: 3.Konzert im Zyklus VII "die reihe" (6.Konzert im Zyklus XII der Musikalischen Jugend); Dirigent: Kurt Schwertsik, Solist: Kurt Equiluz; Ensemble "die reihe", Mitglieder des ORF-Chores, Einstudierung: Gottfried Preinfalk (Bojidar Dimov: Raumspele (1968); Karl Heinz Füssl: Micorita (1963); Josef Maria Horvath: Redundanz I (1967); Irmfried Radauer: Tetraeder (1969)
- 19.30 Uhr, Ital. Kulturinstitut (Ungargasse 43), Großer Saal, Italienisches Kulturinstitut: Konzertabend-Vokalensemble "Quartetto vocale Italiano" (Gabrieli, Orlando di Lasso, O.Vecchi u.a.)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Kulturvereinigung der Jugend: "Stimmen der Welt" - Chansonabend-Juliette Gréco
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 3.Aband im Zyklus VI "Concentus Musicus" (2.Konzert im Zyklus XI der Musikalischen Jugend).Mitwirkend: Frans Brüggem, Blockflöte; (Georg Philipp Telemann: Ouv. g-Moll; Concerto für vier Violinen und Streicher; Concerto d-Moll für Blockflöte, Fagott und Streicher; Suite a-Moll für Blockflöte und Streicher; Concerto für drei Oboen, drei Violinen und Continuo)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Musikalische Jugend: 4.Konzert im Zyklus I (Wiederholung des 4. Sonntagnachmittagskonzerts des N.Ö. Tonkünstlerorchesters)Dirigent: Heinz Wallberg; Solisten: Maria D-Onofrio, Sopran - Thomas Kakuska, Violine (Chatchaturian: Drei Arien für Sopran und Orchester (E); Mozart: Violinkonzert A-Dur; Mendelssohn: 4.Symphonie A-Dur, Italienische)

Dienstag, 16. Dezember:

- 11.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Kulturamt der Stadt Wien - Theater der Jugend: 4. Orchesterkonzert für Schüler der vierten Klassen der Haupt- und allgemeinbildenden höheren Schulen wie des Polytechnischen Lehrganges; Wiener Symphoniker, Dirigent: Hans Swarowsky, Hans Urbanek, Orgel - Klaus Maetzl, Violine - Susanne Grünwald und Manuela Wiesler, Flöte (Programm siehe 15. Dezember)
- 19.00 Uhr, Konservatorium (Johannesgasse 4a), Konzertsaal, Konservatorium der Stadt Wien: Vortragsabend der Klavierklasse Grete Dichler
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Klavierabend Bruno Leonard Gelber (Beethoven: Sonate Es-Dur, op. 81 a "Les Adieux", Schumann: "Caranval", op. 9, Chopin: Sonate h-Moll, op. 58)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Konzertdirektion Dr. Theo Cieplik: Klavierabend Gloria Withney (Bach, Schumann, Schönberg, Scriabine, Rachmaninoff)
- 19.00 Uhr, Wiener Urania, Hörsaal VI, VHS Wr. Urania - Wiener Arbeiterkammer: Vortrag Prof. Dr. Philipp Ruff "Musik als Ausdruck der Zeit", 6. Abend - "Musik der Gegenwart"

Mittwoch, 17. Dezember:

- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Wiener Schubertbund: Chorkonzert - zum 60. Geburtstag von Alfred Uhl, in memoriam Ernst Tittel, Adventchöre - Leitung Prof. Heinrich Gattermeyer
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Abend im Zyklus V "Liederabende" Irina Archipowa, Mezzosopran, am Flügel: Irwin Gage; (Lieder von Tschaikowsky, Rachmaninoff und Mussorgsky)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Kammermusikzyklus; Wiener Barockensemble, Dirigent: Theodor Guschlbauer; Solisten: Gottfried Hechtl und Wolfgang Schulz, Flöte (Pergolesi: Concertino Nr. 1, C-Dur; Cimarosa: Konzert für 2 Flöten und Orchester G-Dur; Haydn: Symphonie "Merkur" Hob. I/43)

Donnerstag, 18. Dezember:

- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Konzertdirektion Brabbée: Iwan Rebhoff mit seinem Balalaika-Ensemble (Wiederholung)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, "Les Ménestrels", "Ein Fest im Palazzo" nach dem Sonettenkranz "Mundus Placidus" von Simon Prudenzianni da Orvieto

Donnerstag, 18. Dezember:

19.30 Uhr, Palais Palffy, Figaro-Saal, Liederabend Marisa Landi,
Sopran

Freitag, 19. Dezember:

15.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Theater der Jugend: "Mozart-
sängerknaben" "Die beiden Geizigen", komische Oper
in einem Akt von André E.M. Grétry

15.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Musikalische Jugend: 1. Konzert
im Sonderzyklus (Voraufführung des 5. Abonnement-
konzerts der Wiener Philharmoniker), Dirigent: Eugene
Ormandy, Solist: Henryk Szeryng, Violine (Programm
siehe 20. Dezember)

19.00 Uhr, Konservatorium (Johannessgasse 4a), Konzertsaal, Kon-
servatorium der Stadt Wien: Vortragsabend der Trompeter-
klasse Wilhelm Stracker

Samstag, 20. Dezember:

15.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Wiener Philharmoniker,
5. Abonnementkonzert Dirigent: Eugene Ormandy, Solist:
Henryk Szeryng, Violine. (Beethoven: Ouv. zu "Egmont",
op. 84; Beethoven: Konzert für Violine und Orchester
D-Dur, op. 101; Brahms: 4. Symphonie e-Moll, op. 98)

16.00 Uhr, Bildungsreferat Hernals (Kalvarienberggasse 28a),
Bildungsreferat Hernals: "Klassisches Wiener Schrammel-
quartett", Leitung: Lois Böck "Hernals und die
Schrammeln"

Sonntag, 21. Dezember:

10.00 Uhr, Akademiekirche St. Ursula, Wiener Akademie für Musik
u. d. Kunst: Palestrina, Missa brevis, Proprium:
Motetten, Es sing der Chor des ORF

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Wiener Philharmoniker (Wieder-
holung des 5. Abonnementkonzerts) Dirigent: Eugene
Ormandy, Solist: Henryk Szeryng, Violine (Programm
siehe 20. Dezember)

18.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Gesellschaft der Musikfreunde:
3. Konzert im "Orgel-Zyklus", Singverein - Tonkünstler,
Dirigent: Kurt Richter; Solisten: Adele Stolte, Anne-
liese Burmeister, Peter Schreier, Siegmund Mimsger, Hedwig Bilgram (J.S. Bach: "Weihnachtsoratorium")

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubert-Saal, Blinde Vortragskünstler:
"Das musikalische Kleeblatt", Leitung: Franz L. Steiner,
Karl Reinhard, Violine - Franz L. Steiner, Klavier -
Ada Wohlmuth, Sopran (Chopin, Grieg, Schubert, Heu-
berger, Dostal, Steiner u.a.)

Montag, 22. Dezember:

- 19.30 Uhr, Funkhaus, Großer Sendesaal, Österreichischer Rundfunk:
Sonderkonzert - Hans Pfitzner: "Das Christelflein",
Spieloper in zwei Akten nach der Originaldichtung von
Ilse von Stach, umgedichtet von Hans Pfitzner
(konzertante Aufführung). Der Chor und das Symphonie-
orchester des ORF (Choreinstudierung Gottfried Prein-
falk), Dirigent: Ernst Märzendorfer
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft:
2. Abend im Zyklus IV (1. Konzert im Zyklus VIII der
Musikalischen Jugend) "Prager Streichquartett"
(Haydn: Quartett B-Dur, op. 76/4; Janáček: Quartett
Nr. 1; Dvořak: Quartett F-Dur, op. 96)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Weihnachtskonzert der Öster-
reichischen Frauenbewegung: Chorvereinigung Jung Wien,
N.Ö. Tonkünstlerorchester, Dirigenten: Leo Lehner,
Karl Etti

- - -

Appell an die Fußgänger:

Nicht quer durch die U-Bahn-Baustelle
=====

Wien, 11. 12. (RK) Die Verlegung vor allem der Straßenbahnhaltestelle der Sechziger-Linien etwas stadtauswärts in der Wiedner Hauptstraße hat dazu geführt, daß zahlreiche Fußgänger die Absperrungen der U-Bahn-Baustelle Karlsplatz mißachten und versuchen, quer durch den Baustellenbereich zu gehen.

Ebenso wie für die Autofahrer hat die Baustelle Karlsplatz auch für die Fußgänger Erschwernisse gebracht, die in einer Verlängerung der Wegstrecken bestehen. Der Umweg aus dem Bereich der Wiedner Hauptstraße zur Stadt beträgt etwa 180 Meter. Dabei ist es so, daß der Umweg durch den Resselpark absolut gefahrlos ist und die Fahrbahn der Lastenstraße sowie die Gleise der Tramway bei einem ampelgesicherten Übergang gequert werden können.

Im Bereich der Baustelle besteht für die Fußgänger - vor allem hat es sich gezeigt, daß auch viele Schulkinder diese "Abkürzung" wählen -, größte Gefahr. Die für den U-Bahn-Bau verantwortlichen Techniker appellieren daher dringend an die Fußgänger, sich im eigenen Interesse diszipliniert zu verhalten und die Absperrungen zu beachten.

Es ist bekanntlich vorgesehen, zwischen dem Bereich Wiedner Hauptstraße und dem Gordis-Eck einen Fußgängersteg zu errichten. Der Bau dieses Steges ist jedoch erst dann überhaupt möglich, wenn die endgültige Verlegung der Straßenbahngleise abgeschlossen ist, was Ende Jänner der Fall sein soll. Der Steg würde dann im Resselpark beginnen und etwa 40 Meter vor dem Gordis-Eck (Lothringerstraße) enden. Von dort ist es gefahrlos möglich, das letzte Stück bis zur Kärntner Straße zu ebener Erde zurückzulegen.

Die Bauarbeiten im Bereich Karlsplatz gehen trotz des außerordentlich ergiebigen Schneefalls weiter. Es ist zwar eine Verzögerung eingetreten, die durch die Schneeräumung bedingt war, doch wurde am Mittwoch wieder die Arbeit an der Aushebung der für die künftigen Schlitzwände erforderlichen Gräben fortgesetzt.

Autofahrer ignorieren Parkverbot:Behinderung der Schneeräumung
=====

Wien, 11. 12. (RK) "Manche Wiener Autofahrer sind unbelehrbar!" Diese bedauerliche Feststellung mußte die Stadtreinigung leider treffen. In der Nacht von Mittwoch, den 10. auf Donnerstag, den 11. Dezember war der wichtige Verkehrsträger Neustiftgasse vollkommen verparkt. Die Folge: Die Räumgeräte konnten den Schnee nicht entfernen.

Sorgen hat auch die Wiener Feuerwehr. Am heutigen Donnerstag mußten wieder 300 Ausfahrten wegen Dachlawinen und Eiszapfen durchgeführt werden. Die Feuerwehr appelliert aus diesem Anlaß an die Hausbesitzer, ihre schneebedeckten Dächer genauer zu beobachten.

In der vergangenen Nacht war die Nachtpartie vorwiegend mit der Schneeabfuhr im Gebiet des 7. Bezirkes beschäftigt. Die Burggasse, die Neubaugasse und die Kaiserstraße wurden zur Gänze geräumt. Die Aktivitäten der Schneekämpfer in der Schönbrunner Straße und der Wiedner Hauptstraße wurden durch Stammgäste in den Parkverbotszonen nicht gerade begünstigt. Um ein Uhr morgens wurde die Ausfahrt sämtlicher Räum- und Streugeräte auf den Alarmrouten angeordnet. Die Hauptfahrbahnen sind größtenteils salzfeucht aber gut befahrbar. Für heute Donnerstag wurde vordringlich die Freimachung der Übergänge sowie die Freilegung der Wasserlaufgitter und weitere Schneeabfuhr angeordnet.

Es stehen 2.290 Schneearbeiter (davon 729 Mann eigenes Personal und 1.561 Tagelöhner), 257 Schneepflüge, 7 Streufahrzeuge, 219 Lastkraftwagen für Schneeabfuhr, 12 Sandlademaschinen und 98 Schneeladegeräte im Einsatz.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Personaldebatte

=====

Wien, 11. 12. (MF) GR. Müller (DFP) stellte den Antrag, die für Personalwerbung ausgeworfenen drei Millionen Schilling sofort zu streichen und sie für ein Rationalisierungsprogramm umzuwidmen. Er schlug vor, wie bei der Bundesregierung innerhalb der eigenen Beamtenschaft einen Wettbewerb mit Prämien für Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung einzuführen.

Gastarbeiter brauchte man nicht zu beschäftigen, wenn sie nur dafür eingesetzt werden, Wahlplakate der DFP herunterzureißen. Der Redner kritisierte das komplizierte Zulagensystem. Im besonderen seien die Aufwandsentschädigungen zu verurteilen, die "genehmen" Personen mit meist ohnehin hohen Bezügen zuerkannt werden. Er bemängelte den zu geringen Betrag von 800.000S für Schul- und Jugendbetreuung, während für den "Tag der offenen Tür" 900.000S veranschlagt sind.

Abschließend stellte er den Antrag, für alle KFZ-Lenker der Einsatzfahrzeuge eine persönliche Versicherung abzuschließen, damit die Lenker für Schäden nicht aus eigenem aufkommen müssen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ): Wir stehen am Beginn einer neuen Teuerungswelle, die einschneidender sein wird, als alle Erhöhungen der letzten Jahre. Die städtischen Bediensteten hätten überhaupt nicht die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, ob sie der Gewerkschaft beitreten wollen oder nicht. Unerklärlich sei, warum die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten von jedem Bediensteten der Stadtwerke 1,5 Prozent und von jedem sonstigen Bediensteten 1,1 Prozent Gewerkschaftsbeitrag einhebt und das vom Bruttobezug und ohne Höchstgrenze. Der Gewerkschaft fließen dadurch jährlich bis 50 Millionen zu.

40 Stunden-Woche: Es wäre für Österreich wichtiger, den Anschluß an das europäische Lohnniveau zu finden.

Man hat sich in der Verwaltung für die verkürzte Arbeitszeit entschieden, jedoch anscheinend keinerlei Maßnahmen getroffen, durch eine Erhöhung des Personalstandes dieser Arbeitszeitverkürzung Rechnung zu tragen. Bei den Verkehrsbe-

./.

trieben wird die Zahl der Überstunden noch mehr steigen und auf dem Spitalssektor werden sich die Personalprobleme noch mehr verschärfen.

Zu der jährlichen Vermehrung der Dienstposten des Presse- und Informationsdienstes (derzeit 54) meint der Redner, daß eine immer größer werdende Zahl von Protektionskindern mitgeschleppt wird, die nicht einmal bei den Parteizeitungen zu gebrauchen sind.

Der Redner fordert die Vorlage von Landesgesetzen zur Verbesserung bei den Vordienstzeitanrechnungen, dem Zwischenzeitengesetz und zur Erhöhung der Witwenpension auf 60 Prozent. Bezüglich der Witwenpension stellt er neuerlich seinen diesbezüglich bereits zweimal gestellten Antrag.

Er erhebt die Frage, wann die Formular- und die Amtstitelkommission endlich zu einem vorläufigen Abschluß ihrer Arbeiten kommen wird. Auch beim Rathausprotokoll, das derzeit noch "vom Bürgermeister und seinem Gefolge" spricht, wäre eine Neuformulierung notwendig.

Bei der Besetzung von Posten und dem Verwärtstkommen eines Bediensteten dürfte seine politische Richtung nicht ausschlaggebend sein.

GR. Prof. Rudolf Zörner (ÖVP) forderte eine einfachere Regelung der über tausend Nebengebühren mit Hilfe eines externen Computerfachmannes. Bei den Pauschalvergütungen für Mehrdienstleistungen von KFZ-Lenkern der Gemeinde Wien kritisierte er, daß auch der Fahrer der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hier aufscheint.

Während einerseits beim Presse- und Informationsdienst eine Ausweitung der Dienstposten stattfindet, werden andere Magistratsabteilungen (z.B. MA 25, 35 bis 37, 50) personalpolitisch stiefmütterlich behandelt. Problematisch sei auch die Behandlung von Schäden bei Dienstfahrzeugen der Baupolizei. Kritik brachte Zörner zur Entlohnung der Lektoren in städtischen Bibliotheken und zur Verwendung von Kanzleikräften vor. Hinsichtlich der bisher nicht erfolgten Pragmatisierung von Schaffnerinnen müßte der Grundsatz "gleiches Recht für gleiche Arbeit" gelten.

Mit dem Arbeitstempo der Kommission zur Reduzierung von Amtstiteln, die das letztmal am 19. April getagt hat, zeigte sich Zörner gleichfalls unzufrieden. Erfreulich ~~sein~~hingegen die Erklärungen von Vizebürgermeister Slavik und Personalstadtrat Bock zum Thema Arbeitszeitverkürzung.

Bei Vergleichen zwischen der niederösterreichischen und der Wiener Personalpolitik kam es zu einem Zwischenruffduell, an dem sich die Gemeinderäte Hans Mayr und Gawlik (beide SPÖ) einerseits und Zörner andererseits beteiligten. "Wir halten uns lieber an die Früchte der geleisteten Arbeit" (Mayr sekundiert von Gawlik - Zörner: "Gehen wir heute nachmittag in die Herrngasse und schauen es uns dort an." - Mayr: "Sie verteidigen personalpolitischen Terror").

Prof. Zörner richtete dann mit Blickrichtung auf die im Frühjahr 1970 fälligen Personalvertretungswahlen für die Gemeindebediensteten eine Anfrage an den Bürgermeister, die sich mit der Wahlordnung beschäftigt.

GR. Wiesinger (SPÖ) stellte als Mitarbeiter der Titelskommission fest, daß die Titel einer organisch gewachsenen Beamtenschaft nicht mit einem Federstrich aus der Welt geschafft werden können. Der als Beispiel angeführte Arbeitstitel "Feuerbursch" sei eine Bezeichnung, die aus dem Schmiedehandwerk kommt; sie ist auch in den Bundesländern üblich.

Der nächste Debattenredner, GR. Föder (SPÖ): Die 1945 aufgestellte Grundsatzforderung der Gewerkschaft nach einem einheitlichen Dienst-, Sozial- und Vertragsrecht sei niemals im Gegensatz zur Auffassung im Wiener Rathaus gestanden. Damit unterscheide sich die Wiener Personalpolitik wohltuend von der anderer Dienstgeber.

Die Behauptung, der Gewerkschaftsbeitrag der Gemeindebediensteten sei der höchste, treffe nicht zu. Er beträgt ein Prozent des Gehalts ausschließlich Nebengebühren. Für Beamte des Ruhestandes wurde der Beitrag auf 0,7 Prozent gesenkt. Die Einbehaltung des Gewerkschaftsbeitrages auf dem Wege des Gehaltsabzuges sei keine Zwangskassierung; jedes Mitglied habe sich damit schriftlich einverstanden erklärt.

Zur Wiener Pensionsordnung 1966: Durch sie wird die soziale Sicherheit im öffentlichen Dienst erhöht. Wer durch Erkrankung

oder Unfall vorzeitig pensioniert werden muß, erhält bei der Pensionsberechnung zehn Jahre angerechnet. Dieser Grundsatz wurde bisher bei 800 Bediensteten angewendet.

Ergänzungszulagen zur Mindestpension erhalten derzeit 1.079 Pensionisten, Hilflosenzulage wird an 3.940 Personen bezahlt.

In den Genuß des Wiener Unfall-Fürsorgegesetzes, das weitergehend als das Bundesbeamten-Fürsorgegesetz sei, sind bisher 4.230 Bedienstete nach Unfällen und 46 nach Berufserkrankungen gelangt. 3.525 Personen erhalten eine Versehrtenrente neben ihren Ruhebezügen.

Auch im Hinblick auf die Besoldungspolitik konnten Fortschritte erzielt werden. Seit 1. Oktober 1968 sind die Anfangsbezüge bei der Gemeinde Wien um 14,6 bis 22 Prozent erhöht, bei den Mittelbezügen beträgt die Erhöhung 18 bis 20 Prozent, bei den Endbezügen 14 bis 15 Prozent.

Die Einführung der 43stündigen Dienstzeit ab 5. Jänner 1970 bringe eine Reihe von Problemen, vor allem Überstundenbezahlung für einen verhältnismäßig großen Personenkreis. Jedenfalls werden in Wien die 44. und 45. Stunde wie alle übrigen Überstunden bezahlt.

Über Rationalisierungseffekte bei den Verkehrsbetrieben seit 1966: Trotz Einführung von 26 zusatzfreien Tagen im Jahr konnte der Personalstand bei gleicher Leistung um 544 Fahrer und 659 Schaffner verringert werden.

Der Personalstand bei den Krankenschwestern ist derzeit zufriedenstellend. Lediglich 40 Betten sind in den Wiener Spitälern vorübergehend wegen Personalmangel gesperrt, demgegenüber sind 680 Betten wegen Um- oder ^Weubeuten nicht benutzbar.

GR. Hirnschall (FPÖ) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort: an Hand des bereits vorliegenden Protokolles der heutigen Sitzung weist er nach, daß er von GR. Pöder (SPÖ) im Zusammenhang mit der Einführung der 40-Stundenwoche falsch zitiert worden sei.

Als GR. Lehner (ÖVP) als nächster Redner zunächst auf einige Ausführungen von GR. Pöder repliziert und erklärt, es seien die

Sozialisten, die in den letzten Jahren für die Kommunisten immer wählbarer würden, kommt es zu erregten Zwischenrufszenen. "Ist das Ihre wirkliche Überzeugung?" und "denken Sie an die ÖMV, wen dort die Frau Ottilinger gekauft hat" ruft Hans Mayr (SPÖ) in den Saal und auch Schmidt (FPÖ) beteiligt sich: "Denken Sie lieber an den ÖGB und daran, daß im Vorstand noch immer Kommunisten sitzen", ruft er den Sozialisten zu.

Lehner beschäftigt sich dann sehr ausführlich mit dem Problem der Krankenschwestern und verlangt ein eigenes Schema für die Sozialberufe. Die Grundgehälter müßten so hoch sein, daß nicht bloß durch die Zulagen die Lebensfähigkeit dieses Berufes gewährleistet werde. Der Redner kritisiert sodann Stadtrat Bock, weil dieser bei einigen Diplomfeiern erklärt habe, auch für den Schwesternberuf werde die 40-Stundenwoche eingeführt werden. Laut Lehner würde jedoch die Einführung der 40-Stundenwoche zur Folge haben, daß 4.000 Betten in Wiener Spitälern infolge Personalmangels gesperrt werden müßten. Allein für die strikte Einhaltung der 45-Stundenwoche wären derzeit zusätzlich 500 Schwestern nötig.

Niemand sei gegen eine Arbeitszeitverkürzung, doch sollte man nicht Versprechungen abgeben, die man nicht halten könne!

Die Personalwerbung für den Schwesternberuf bezeichnete der Sprecher zudem als mangelhaft, obwohl man doch mit den modernen Schulen und Schwesternhäusern auch werbungsmäßig einige Attraktionen zu bieten hätte. Lehner brachte sodann einen Antrag ein, die Ambulanzschwestern, die gegenüber den Saalschwestern infolge Wegfall der Nachtdienstzulage schlechter gestellt seien, leistungsgerecht zu bezahlen. In einem weiteren Antrag verlangte er eine Honorierung jener Nachtdienste, die von den Schwesternschülerinnen geleistet würden. Die Erfahrungen mit ausländischem Pflegepersonal qualifizierte Lehner sodann als "gemischten Erfolg". Abschließend erinnerte er daran, daß in den Wiener Spitälern derzeit noch 553 geistliche Schwestern Dienst machten. Diese Schwestern müßten in fünf bis sechs Jahren ersetzt werden und aus Erfahrung wisse man, daß für eine geistliche Schwester im Durchschnitt 2,5 weltliche Schwestern eingestellt werden müßten. Daher müsse jetzt schon rechtzeitig Vorsorge getroffen werden, damit in einigen Jahren zumindest 1.000 neue zusätzliche Schwestern bereitstünden.

GR. Hahn (ÖVP) kritisierte, daß die Mitglieder des Personalausschusses heuer schon zweimal einen Bericht zum Fragenkomplex "Verwaltungs- und Betriebsreform" gefordert, jedoch nicht erhalten hätten. Deshalb seien die Mandatare unter anderem auf die - rathausintern offenbar umstrittene - Zeitschrift "Unter Uns" angewiesen, wenn sie sich informieren wollten.

Zur Planung insgesamt: Die ÖVP sei immer für den Fortschritt gewesen, aber auch immer gegen jede Fehlplanung, für die der Steuerzahler aufzukommen hat. Solche Fehlplanungen seien etwa im Umbau des Amtsgebäudes Bartensteingasse zu sehen - er dauert jetzt bereits sieben Jahre und ist noch nicht abgeschlossen - oder in der Rathausdruckerei: Vor zwei Jahren sei in deren Räumen eine neue Klimaanlage installiert worden. Vor kurzem sei aber die Druckerei in die neuen Räume am Modenapark übersiedelt, wo sie kurioserweise im Festsaal des Gebäudes untergebracht worden sei. (Zwischenruf GR. Doktor Drimmel (ÖVP): "Sie müssen halt fest drucken!") Hahn forderte die bessere räumliche Unterbringung einiger Abteilungen, besonders jener des Kulturrechtes am Friedrich Schmidt-Platz. Überhaupt müsse hinsichtlich der Raumfrage der Büros Planung an die Stelle der jetzigen Konzeptlosigkeit treten. Die GESIBA, die derzeit ein neues Bürohaus errichtet, könnte auch gefragt werden, ob sie in diesem Gebäude nicht Räume für Büros des Magistrats frei hätte.

GR. Lausecker (SPÖ) stellte fest, die Mandatare seien dazu da zu sein, ihre Initiativen können aber nur durch gut funktionierende Angestellte in die Tat umgesetzt werden. Dennoch werden vor allem die öffentlich Bediensteten und die Bürokratie von der Öffentlichkeit immer wieder angegriffen, was gerade die stets pflichtbewußten Bediensteten der Stadt Wien nicht verdienen.

Das Budget 1970 läßt erkennen, daß für die dritte Etappe der Anhebung der Bezüge nicht nur Vorsorge, sondern auch Wertesicherungsübereinkommen getroffen wurden, die nach Abschluß der Gehaltsaktion im Jänner 1972 eine echte Erhöhung des Reallohnes um 5,6 Prozent ergeben werde.

Was die von der ÖVP vorgeschlagene leistungsgerechte Entlohnung für das Gesundheitspersonal anlangt, müsse man bedenken, daß es eine Fülle von Berufsgruppen gebe, die für sich eine solche leistungsgerechte Entlohnung anstreben, wodurch schließlich der allgemeine Besoldungsrahmen gesprengt und andere Angestelltengruppen arg ins Hintertreffen geraten könnten. Deshalb sei der von Professor Zörner angegriffene Zulagenkatalog vielmehr ein gelungener Versuch, ohne Sprengung des Personalrahmens leistungsgerechte Löhne nach den Gesichtspunkten einer modernen Personalführung zu erzielen. Vergleiche mit den Verhältnissen beim Bund möge man besser unterlassen.

Der Redner hob in der Folge die Pionierleistung der Stadt Wien hervor, mit Hilfe des "Wiener Speichersystems" Zulagen nach Beendigung des aktiven Dienstes im Rahmen des Ruhebezuges zum Tragen zu bringen. Das Land Niederösterreich ist bisher die einzige Gebietskörperschaft, die die Wiener Regelung - allerdings unter wesentlich weniger günstigen Voraussetzungen - nachahmt.

Die Stadt Wien habe die Bundesregelungen auf dem Sektor Dienst-, Besoldungs- und Ruhensrecht nicht nur übernommen, sondern wesentlich verbessert. In einem einzigen Punkt wolle er hier einen Verbesserungsvorschlag vorbringen: Nicht nur bei Blindheit oder Geisteskrankheit zehn Jahre zusätzlich in den Ruhegenuß miteinzuberechnen, sondern diese Zeit auch bei anderen schweren Krankheiten, die zu Dienst- und Erwerbsunfähigkeit führen, miteinzubeziehen. Abschließend erklärt der Redner, daß die sozialistische Fraktion schon im Jahr 1965 einen Entwurf zur Schaffung einer gesetzlichen Personalvertretung mit einem Maximum an Rechten und Schutz für die die Vertretung Ausübenden ausgearbeitet habe.

Stadtrat Bock erklärt im Schlußwort nach der dreieinhalbstündigen Debatte, man müßte nicht immer bis zur Budgetdebatte warten, um eventuell auftauchende Mängel oder Probleme aufzuzeigen. Er bemühe sich das ganze Jahr, Unzulänglichkeiten zu beheben.

Auf dem Sektor der Amtstitel wurden bereits 202 Berufsbezeichnungen gestrichen. Man dürfe aber nicht in den Fehler verfallen, Amtstitel und Berufsbezeichnungen zu verwechseln.

Niederösterreich auf dem Sektor der Personalpolitik als Beispiel hinzustellen, sei völlig falsch. Die Volkspartei solle sich nicht wünschen, daß die Wiener Sozialisten im gleichen Stil Personalpolitik machen wie die ÖVP in Niederösterreich. Er verwahre sich auch dagegen, daß es in der Gemeindeverwaltung einen Gesinnungszwang gebe. Die politische Gesinnung des Bediensteten darf nicht vom Nachteil, aber auch nicht vom Vorteil sein. Maßgebend sei allein die Arbeitsleistung. Auch die Jungen haben heute in der Gemeindeverwaltung eine Chance.

Daß sich die Situation auf dem Sektor des Schwesternmangels gebessert hat, darauf habe auch Stadtrat Dr. Glück hingewiesen. Die Verwaltung kann stolz darauf sein, daß man diesem Problem Herr werden konnte. Bezüglich der Arbeitszeitverkürzung wurde den Schwestern keine Hoffnung gemacht. Es war selbstverständlich, daß nur ein Teil der Bediensteten in den Genuß der Arbeitszeitverkürzung kommen kann. Dieser Grundsatz gelte aber auch in der Privatwirtschaft. Auch dort hat man in vielen Zweigen einen Ausgleich durch Überstunden schaffen müssen.

Eine Beseitigung der Zulagen durch Anhebung des Grundgehaltes würde zu Ungerechtigkeiten führen. Unser Zulagensystem bringt zum Ausdruck, daß die Arbeit des einzelnen richtig entlohnt wird.

Die verlangten Spezialausbildungskurse für Schwestern werden im kommenden Jahr eingeführt werden.

Gegenwärtig sind nur zehn Vormerkungen auf Arztposten vorhanden. Dieser Stand wird sicherlich rasch abgebaut werden können.

Der Nachtdienst werde von vielen Ärzten gerne übernommen, da er außerordentlich gut honoriert wird. Eine Haftpflichtversicherung für die Fahrer der Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Rettung bestehe bereits. An einem sogenannten Schadenbehebungsgesetz werde bereits gearbeitet.

Personalwerbung müssen wir betreiben. Der öffentliche Dienst stehe genauso im Konkurrenzkampf um die Arbeitskraft, wie die Privatwirtschaft, ja wir müssen mit unserer Werbung in manchen Fällen sogar hinaus in die Bundesländer gehen. Zum Vergleich der Schwesterngehälter mit dem Ausland ist zu sagen, daß man auch die Mieten und die Lebenshaltungskosten in diese Berechnungen miteinbeziehen müßte. In Deutschland zum Beispiel ist es auch so, daß die Schwester für ihre Dienstkleider selbst aufkommen muß.

Zur Kritik über die Verwendung von Sondernvertragsbediensteten - zum Beispiel beim Presse- und Informationsdienst - erklärte Personalstadtrat Bock, daß dies die einzige Möglichkeit sei, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden.

Abstimmung: Der Antrag der DFP (Personalwerbung) wurde abgelehnt, der Antrag über Haftpflichtversicherung wurde zugewiesen. Der Antrag der FPÖ (Witwenversorgung) wurde zugewiesen, ebenso die Anträge der ÖVP (Nachtdienst beziehungsweise Ambulanzschwestern). Die Anfrage der ÖVP wegen Personalvertretungswahlen wird der Bürgermeister schriftlich beantworten.

Die Ansätze des ersten Hauptstückes werden mit den Stimmen SPÖ, ÖVP und DFP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Personaldebatte (Zusammenfassung)

=====

Wien, 11. 12. (RK) Insgesamt viereinhalb Stunden dauerte am zweiten Tag der Wiener Budgetdebatte die Beratung des Kapitel I, Personal. Stadtrat Hans Bock (SPÖ) stellte eine leicht gebesserte Personalsituation fest. Als besonders aktuelles Problem bezeichnete er die Arbeitszeitverkürzung, für die eine einheitliche Lösung nicht möglich erscheine. Man wird sich mit Intensivitätssteigerung und organisatorischen Maßnahmen helfen müssen, da eine Personalvermehrung auf Schwierigkeiten stoßen wird.

Der Stadtrat verwies dann auf die steigenden Einsatzmöglichkeiten des Computers in der Verwaltung, vor allem im Rechnungswesen, aber auch in der medizinischen Dokumentation.

Neuerlich verwies Bock darauf, daß nur etwa ein Zehntel der 54.000 Gemeindebediensteten aus sogenannten Schreibtischbürokraten bestehen. Er schloß, daß die Verwaltung der Bundeshauptstadt auch für die Zukunft gut vorbereitet sei.

GR. Müller (DFP) kritisierte vor allem das Zulagensystem und stellte zwei Anträge: Der eine, die drei Millionen für Personalwerbung besser für Rationalisierung zu verwenden, der andere, eine Versicherung für Kfz-Lenker abzuschließen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ): Die Bediensteten haben nicht die Möglichkeit, über ihren Gewerkschaftsbeitritt zu entscheiden, die Gewerkschaft kassiert jährlich 50 Millionen Schilling. Zur 40-Stunden-Woche meinte er, daß die Verwaltung keinerlei Maßnahmen für die Erhöhung des Personalstandes getroffen hat.

Prof. Zörner (ÖVP) beschäftigte sich mit der Kommission zur Reduzierung von Amtstiteln und fordert Zwischenrufe heraus, als er Vergleiche zwischen der niederösterreichischen und der Wiener Personalpolitik zieht.

GR. Wiesinger (SPÖ) stellt als Mitarbeiter der Titelkommission fest, daß man diese Titel nicht mit einem Federstrich aus der Welt schaffen könne.

Den ausführlichsten Debattenbeitrag lieferte GR. Pöder (SPÖ), der die Arbeit der Gewerkschaft und die Verbesserungen für die Bediensteten herausstrich.

GR. Lehner (ÖVP) beschäftigt sich ausführlich mit Krankenschwesternproblemen und verlangt ein eigenes Schema für Sozialberufe. Zwei Anträge dazu werden gestellt.

GR. Hahn (ÖVP) kritisiert Fehlplanungen bei Amtsgebäuden. So wurde die Rathausdruckerei im Festsaal des neuen Hauses Am Modenapark untergebracht.

Letzter Debattenredner ist GR. Lausecker (SPÖ). Er lobt die pflichtbewußten Bediensteten der Stadt Wien.

Im Schlußwort betonte Stadtrat Bock, daß nur ein Teil der Bediensteten in den Genuß der Arbeitszeitverkürzung kommen kann.

- - -

goldenes sparbuch fuer einmillionste "z"-sparkontoinhaberin

14 wien, 11.12. (rk) buergermeister bruno m a r e k ueberreichte donnerstag vormittag in seinem arbeitszimmer den einmillionsten inhaber eines sparkontos der zentralsparkasse der gemeinde wien, frau elfriede b e i e r aus wien-nietzing, ein vergoldetes sparbuch mit einer einlage von 1.000 schilling. der ueberreichung des goldenen sparbuches wohnte auch "z"-generaldirektor dr. karl m a n t l e r bei. fuer die beiden kinder der jubilaeumssparerin stellte sich der buergermeister der auch vorsitzender des verwaltungsrates der zentralsparkasse ist, mit bonbonnieren ein. die zentralsparkasse verwaltet gegenwaertig 27,1 prozent der spargelder aller oesterreichischen sparkassen.

1452

preisguenstige gemuese- und obstsorten

13 wien, 11.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 bis 5 schilling, karotten 4 bis 5 schilling, weisskraut 3 bis 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling, bananen 7 bis 8 schilling, mandarinen 10 schilling, orangen 5.50 schilling je kilogramm.

1455

11. dezember 1969 ''rathaus-korrespondenz''

baltt 3580

rindernachmarkt vom 11. dezember

16 wien, 11.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 8 kuehe, die weiterhin unverkauft blieben.

~~schweinen~~nachmarkt vom 11. dezember

17 wien, 11.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 0, neuzufuehren 131, davon 71 durchlauerer, gesamttauftrieb dasselbe, verkauft 131, unverkauft 0.

auslandsschlachthof: 258 ~~schweine~~ aus der ddr, marktverkehr ruhig, hauptmarktpreise.

pferdenachmarkt vom 11. dezember

18 wien, 11.12. (rk) auftrieb: 3 pferde, 0 fohlen, herkunft oberoesterreich 3, die unverkauft blieben.

1535

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Kulturdebatte
=====

Wien, 11. 12. (RK) Dr. Tuma (DFP) bezweifelte in seinem Debattenbeitrag, daß mit diesem Kulturbudget tatsächlich ein Schritt in die Zukunft getan wurde. Die Erhöhung um 56,5 Millionen Schilling gegenüber dem Kulturbudget des Vorjahres bedeute lediglich eine routinemäßige Aufstockung.

Das Altstadt-Erhaltungsgesetz sei zwar zu begrüßen, werde aber kaum die gewünschte Wirkung zeitigen. Denn wer habe bisher die größten Sünden auf diesem Gebiet begangen? Nicht die Privaten, sondern die Stadtverwaltung selbst.

Das von einer Zeitung geprägte Wort vom "unsozialen Grün" treffe voll zu. Die Grünanlagen in den Gemeindebauten entsprechen nicht den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen.

Bei den Wiener Festwochen sei vieles zur Routine erstarrt, eine Auffrischung wäre dringend notwendig. Auch im Subventionswesen habe sich seit ungefähr zwanzig Jahren nichts geändert.

Die Filmkrise sei kein österreichisches, sondern ein Wiener Problem. Den guten Wiener Film gibt es nicht mehr.

Im Kulturbudget werde zwar besonderer Wert auf das Schulwesen gelegt, aber für die kommende Schulreform wurde keinerlei Vorsorge getroffen. Da nach einem Beschluß der UNESCO aus dem Jahr 1961 die Kindergärten in der Art von Vorschulen geführt werden sollen, wäre es zweckmäßig, die Kindergärten dem Schulwesen zu unterstellen.

Bei der Bestellung von Schulleitern sollte nicht deren Parteizugehörigkeit maßgeblich für die Nominierung sein.

Die für den Sport vorgesehenen Mittel seien völlig unzureichend. Besser wäre es, kleine örtliche Sportanlagen zu errichten, als Sportzentren, die infolge der gegenwärtigen Verkehrssituation schwer zu erreichen sind. Der Fußball sei völlig verwehrkost - und das in Wien, einst Heimatstadt dieser Sportart. Daran sind nicht zuletzt die Abgaben schuld. In Wien betragen die Abgaben eines Fußballklubs 33 Prozent seiner Einnahmen.

./.

GR.Prof.Dr.Fritz Wolfram (FPÖ) bezeichnete das Kulturbudget als "außerordentlich mager, gemessen an den großen Aufgaben", Es sei geradezu bewundernswert, daß mit diesem seit drei Jahren rückläufigen Budget doch noch so viel geleistet werden könne. Besonders bedauerlich seien die Kürzungen bei der Studienförderung und den städtischen Büchereien. Wertvolle - und für die schulische Arbeit heute bereits unentbehrliche - Tätigkeit leiste die Landeslichtbildstelle.

Die Erhaltung des Stadtbildes als Kulturaufgabe nehme in ihrer Bedeutung ständig zu, insbesondere als wachsende Komponente der Geltung Wiens, da ja die politische und wirtschaftliche Bedeutung der österreichischen Bundeshauptstadt aus bekannten Gründen ständig weiter sinke. Wiens Stadtbild, sagte der Redner, unterscheide sich wohltuend von den amerikanisierten Fassaden anderer Großstädte. Daher sei auch das kommende Altstadterhaltungsgesetz besonders zu begrüßen.

Auf dem Gebiet des Sports nannte der Redner die Steigerungen bei den Investitionen "sehr erfreulich", sprach jedoch von einer Mitschuld der Gemeinde Wien an der prekären Lage des Wiener Fußballsports. Dies liege besonders an der Besteuerung. Während nämlich etwa in Kärnten und Niederösterreich die Fußballklubs keine andere als die Umsatzsteuer zahlen, hat etwa allein der Fußballklub Rapid-Wien in den letzten neun Jahren zwölf Millionen Schilling Vergnügungssteuer bezahlt.

Schulen: Neubauten und Umbauten sind erfreulich, nicht hingegen der Proporz in der Bestellung von Direktoren. Wolfram sprach dabei von einem "unverschämten Terror gegenüber allen parteiungebundenen Lehrern" und behauptete, es bestehe ein ganz großer Unterschied zwischen dem Schulprogramm der Sozialisten und der Schulwirklichkeit in der Bundeshauptstadt. Der zuständigen Stadträtin allerdings bescheinigte der Redner "rechtes und ehrliches Bemühen" sowie die volle persönliche Anerkennung durch seine Fraktion.

GR. Dr. Drimmel (ÖVP) hat sich zum ersten Male als Gemeinderat zur Debatte gemeldet. Er legt einleitend ein Bekenntnis zu der unter seiner ministeriellen Führung ins Leben gerufenen

Schulreform ab, bekennt jedoch gleichzeitig, daß er sich besseren Einsichten der Siebziger-Jahre nicht in den Weg stellen werde.

Der Redner wendet sich dann verschiedenen kulturellen Themen zu. Die Kulturpolitik der öffentlichen Hand kann die Kultur fördern und sie hemmen, kann sie entwickeln, aber auch zerstören. Es wäre interessant, in dieser Diskussion doch auf das eigenartige Zueinander von Kunst und Industrie, von Industriesystem und Kunsterlebnis einiges zu sagen. Als Bruckner das Ehrendoktorat der Wiener Universität erhielt - er war der erste Nichtakademiker, der diese Würde bekam - sagte der damalige Rektor in der Promotionsrede: "Dort, wo das Reich der Wissenschaft endet, beginnt das unermessliche Reich der Kunst". Manche sind heute an dem Punkt angelangt, daß man glaubt, Datenverarbeitungsmaschinen könnten unter Umständen das kompositorische Werk betätigen.

Der Redner spricht vom Dilemma der jungen Intellektuellen, die bei richtiger Betrachtung eher einer romantischen Gesinnung innerlich verhaftet sind, die ungleich größer ist als der pompös zur Schau getragene Rationalismus. Die jungen Studenten, die in Prag unter dem Ruf "mehr Licht" die Revolte begannen, meinten mit diesem Ruf nicht nur die schlechte elektrische Beleuchtung des philosophischen Seminars, diese jungen Menschen verlangten mehr Licht in geistiger Hinsicht. Ich bin überzeugt, daß die enorme Courage, unter der diese Jungen leider vergebens eine echte Revolution in Gang gesetzt haben, nicht um Gut und Geld gegangen ist, sondern um ein höheres Gut. Es ist tragisch, wenn sie dann mit dem Staat, der die Gesellschaftsordnung trägt, in Konflikt geraten und dieser Konflikt gebildeter Menschen an der Front der Polizisten, der Pedelle, der Saalwächter und der Kirchendiener ausgetragen wird.

Der Redner bedankt sich beim Rektor des Studienjahres 1967/68 Professor Schwind, der von den Progressiven als Reaktionär und von den Konservativen als Revolutionär verschrien, die Zivilcourage besessen hat, das Gespräch mit den jungen Menschen unter Kontrolle zu bringen und die Skandalisierung fernzuhalten. Er dankt auch dem Polizeipräsidenten dieser Stadt, der es besser

zuwege gebracht hat als die Polizeipräsidenten der deutschen Hochschulstädte, die diese Auseinandersetzung bis an die Dramatik blutiger Opfer gedeihen ließen. Er dankt auch dem seinerzeitigen Unterrichtsminister Dr. Piffl, der sich der neuen Linken zur Diskussion stellte.

Wir haben die Aufgabe, das Österreichische im kulturellen Leben zu bewahren. Unsere österreichische Kultur und die Kultur in Wien wird durch das Phänomen des Neuen, das mit einer ungeheuren Wucht auf uns eindringt, da und dort erschüttert. Wien hat jedoch die große Tradition seiner Vergangenheit zu bewahren. Es muß daher die Aufgabe der Kulturpolitik in unserer Stadt sein, sich von Extremen fernzuhalten. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf das Programm des Senders Ö 3, der 18 Stunden im Tag unserer Jugend "ihre Musik" bringt. Die Jugend hat ein Recht auf ihre Musik, es müßte jedoch auch die Musikalität in eine andere Richtung gelenkt werden. Wir müssen den jungen Menschen eine geistige Heimat geben und sie mit den großen Werken unserer Musiker konfrontieren. Neben der Schallplatte müßte auch der Rundfunk etwas für Musik aus Österreich tun.

Unsere Stadt verfügt wie kaum eine andere über vier bedeutende Symphonieorchester und es besteht die enorme Schwierigkeit, diese Orchester laufend zu besetzen.

Der Redner begrüßt, daß die Stadt Wien das Jazz-Festival der jungen Leute unter ihren Schutz genommen hat. Auf dem Sektor der Literatur sei es bedauerlich, daß es immer weniger "lesende" Menschen gibt. Das gute Buch und heimische Autoren müßten gefördert werden. Leider verlieren wir derzeit nicht nur unsere Manuskripte sondern auch unsere Autoren an das Ausland. Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß der Bestseller der Weihnachtszeit 1969 ein Buch eines amerikanischen Autors über Gruppensex.

Festwochen: Der Redner bekennt sich zur Intendanz der Wiener Festwochen. Man sollte überlegen, was getan werden kann, um auch die eigene Produktion mehr auf die Beine zu bringen. Mit der Restaurierung des Theaters an der Wien wurde ein sehr couragierter Schritt getan.

Der Redner erklärt abschließend, daß die Diskussionen hier und in den Ausschüssen immer auf einer geordneten Gesprächsbasis geführt wurden. In diesem Sinne sage seine Fraktion ja zur Toleranz, zur Diskussion und zu den Versuchen einer Einigung im Sachlichen (Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

GR. Herbert Mayr (SPÖ) würdigte seinen Vorredner für dessen tolerante und verständige Beurteilung des Kulturbudgets. Danach stellte er die Summen aus dem Budget 1968 und 1970 einander gegenüber, die für den Sport zur Verfügung gestellt wurden. Während es im Jahr 1968 41,5 Millionen Schilling waren, sind für das Jahr 1970 um 16,4 Millionen Schilling mehr, also 57,9 Millionen Schilling präliminiert. Dazu kommen noch jene 2,3 Millionen, die man im Jahr 1970 weniger einnehmen werde, weil man verschiedene Sportstätten den Sportverbänden kostenlos überlasse.

Für den Bau beziehungsweise die Sanierung von Sportstätten sind 32,9 Millionen Schilling vorgesehen. In dieser Summe sind Bauraten für die Radrennbahn, das Sportzentrum West, das Sportzentrum Laxenburger Straße, die Schisprungschanze Kohlpeterberg und die Landessportschule enthalten. Nicht miteinkalkuliert ist darin die 21 mal 41 Meter große Sporthalle, die im "Haus der Begegnung" in Liesing auf Kosten eines anderen Budgets errichtet wird.

Nicht zu vergessen sei der Sportbetrieb in der Wiener Stadthalle, wo vom Jahr 1957 bis zum Juni 1969 836,270 aktive Sportler 145.330 Trainingsstunden absolviert haben. Nun hat die Sportstelle der Stadt Wien die Kosten für den Trainingsbetrieb in der A- und B-Halle übernommen, wobei vor allem Schulen und Sportverbände in den Genuß des kostenlosen Trainings kommen.

Seit kurzem, nämlich seit der Wahl einer sportlichen Spitzenkandidatin in den Niederösterreichischen Landtag habe die ÖVP ihr Herz für den Sport entdeckt. Zur Illustration für die neu entflammte Begeisterung wolle er einen Vergleich zwischen den aufgewendeten Mitteln beim Bund und bei der Gemeinde Wien anstellen. Im Bundesbudget 1970 für ganz Österreich sind 31,5 Millionen für den Sport vorgesehen, wobei 15 Millionen als Baukostenzuschüsse an Länder und Gemeinden abgegeben werden.

Als reine Subvention für Sportverbände bleiben demnach 16,5 Millionen, das sind um 300.000 Schilling weniger, als Wien allein für Wiener Verbände an Subventionen zur Verfügung stellt. Rechne man zu den für das Jahr 1970 vorgesehenen 57,9 Millionen Schilling Wiener Sportbudget noch jene Beträge hinzu, die für die Errichtung von Bädern und Großsportanlagen veranschlagt sind, ergibt sich eine Gesamtsumme von 92,9 Millionen für Sportförderung, was allein einem Fünfzehntel des Wiener Gesamtbudgets 1970 entspricht.

Professor Bittner (ÖVP) lobt, daß die Förderung vor allem durch den Mietenersatz der Stadt an die Vereine gegeben sei. Leider ist es zuwenig. Das neue Radstadion wird eine Mehrzweckhalle werden müssen. Bei Placierungen sollte mehr auf die Wünsche der Sportverbände gehört werden. Wo bleibt übrigens ein Wiener Sportgesetz? Mit Ausnahme von Wien, Burgenland und Kärnten haben es alle anderen Bundesländer. Dann fordert er noch die Entpolitisierung der Förderung und eine gerechtere Verteilung der Mittel.

Zum Schulwesen: Wiens Leistungen seien unbestritten, dennoch wären hier nur 69 Prozent der sechs- bis fünfzehnjährigen Pflichtschüler. Dann bricht er eine Lanze für den Stadtschulrat und stellt fest, daß wir glücklicherweise über mehr qualifizierte Lehrkräfte als überqualifizierte Posten verfügen.

Zur Polemik um Österreichs Jugend, die gemäß einer Bürgermeisterrede Wien nur mehr in beschränktem Ausmaß kennenlernen darf: 71.000 Anmeldungen liegen vor, aber nur 25.000 können berücksichtigt werden. Der Grund? Keine Unterbringungsmöglichkeiten....

Abschließend spendet Bittner Lob für die "wirklich einmalige Führung des Ressorts" im allgemeinen und des Kulturamtes im besonderen.

GR. Wiesinger (SPÖ) beschäftigte sich mit der in vielen Stadtteilen feststellbaren starken Zunahme der Zahl der schulpflichtigen Kinder. Während man in der Großfeldsiedlung ursprünglich auf zwei Neubauwohnungen ein Schulkind gerechnet hatte, stellte sich heraus, daß auf zwei Wohnungen drei schulpflichtige Kinder kommen, was einen Mehrbedarf von 250 Klassen bedeutet.

Schulraum wird vor allem am Stadtrand benötigt: von den 29 neuen Schulen befindet sich nur eine einzige im Stadtkern. Daß nach einigen Jahren viele Klassen leer stehen werden, stelle ein besonders Problem dar; vielleicht könnte freigewordener Schulraum für Wohnzwecke adaptiert werden.

Bei den Mittelschulen, für die der Bund zuständig ist, ergibt sich ein tristes Bild. Der 1. Bezirk besitzt fünf Mittelschulen bei 28.000 Einwohnern, der 8. Bezirk vier bei 32.000 Einwohnern. Hingegen gibt es im 10. Bezirk nur zwei Mittelschulen bei 147.000 Einwohnern und im 20. Bezirk nur eine einzige Mittelschule bei 83.000 Einwohnern. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse im 23. Bezirk, der bei 56.000 Einwohnern keine Mittelschule besitzt.

In den kommenden zehn Jahren ist mit einem Mehrbedarf von 470 bis 500 Klassen zu rechnen.

Für die Erwachsenenbildung sind im Kulturbudget sieben Millionen vorgesehen; der Bund stellt Wien für diesen Zweck nur 1,3 Millionen zur Verfügung.

Völlig freiwillig ist der Bau von Studentenheimen durch die Gemeindeverwaltung. Im internationalen Studentenheim in Döbling ist zur Zeit eine Mensa für 2.000 Personen im Bau, die im Mai 1970 fertig sein wird. Der Erweiterungsbau, dessen Fertigstellung Ende 1970 erfolgt, enthält als besondere Neuerung Wohnräume für studierende Ehepaare mit Kind.

Abschließend schlug GR. Wiesinger vor, auf dem Gelände der Internationalen Gartenausstellung 1974 auf dem Laaer-Berg ein ornithologisches Schutzgebiet einzuplanen, in welchem alle jene Vogelarten ausgesetzt werden sollen, die vom Aussterben bedroht sind.

Im Schlußwort wendete sich Stadträtin Sandner gegen die Anschuldigung, Vereinsförderung werde nach politischen Grundsätzen betrieben: Sowohl plötzmäßig als finanziell sei nach den gegebenen Relationen ein derartiger Verdacht unhaltbar. Hinsichtlich der Feststellung eines Debattenredners, ein nicht mehr existierendes Theater werde quasi gewohnheitsmäßig weiter subventioniert, stellte die Stadträtin richtig, daß sich in den Räumen des ehemaligen "Theaters im Zentrum" jetzt das "Theater der Jugend" befinde, das diese Subvention dringend benötige.

Zur Aktion "Österreichs Jugend lernt die Bundeshauptstadt kennen": Der Vorwurf, Wien habe in dieser Sache nicht das Gespräch mit dem Unterrichtsministerium gesucht, geht ins Leere. Vielmehr sind die Restriktionen dieser Aktion erfolgt, ohne daß man mit der Stadt Wien über Möglichkeiten zur vollen Aufrechterhaltung gesprochen hätte.

Zuschüsse an private Hausbesitzer zur Restauration wertvoller Gebäude: Die Erfüllung dieser Debattenforderung ist bereits durch die Aätfassadenaktion gegeben.

Die Stadträtin dankte allen Debattenrednern für die vorgebrachte Kritik, vermerkte aber grundsätzlich, daß der Kampf gegen Intoleranz und Dogmatismus sich nicht in Zahlen ausdrücken lasse.

Nach viereinhalbstündigen Beratungen wurde um 18 Uhr das III. Hauptstück des Voranschleges 1970 mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Die Beratungen werden morgen Freitag, den 12. Dezember, um 9 Uhr mit der Verhandlung über das IV. Hauptstück des Voranschleges 1970 (Wohlfahrtswesen) fortgesetzt.
Referent Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ). (Schluß)

Kulturdebatte (Zusammenfassung)

=====

Wien, 11. 12. (RK) Als zweites Kapitel des zweiten Tages der Budgetdebatte im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe III, Kultur-Schulverwaltung und Sport, behandelt und in den Abendstunden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. In ihrem ausführlichen Referat umriß Vizebürgermeister Gertrude Sandner die Aufgaben der Generationen die das Jahr 2000 zu verantworten haben werden. Während der äußere Kampf um das Leben der Menschen durch Zivilisation und Wohlfahrt erleichtert werde, wachse die Bedeutung im geistig-seelischen Bereich. Noch immer wird Kultur als Luxus betrachtet, aber wir werden Kultur bitter notwendig haben zum Leben.

Auf Wien bezogen: Eigenart und Einmaligkeit der kulturellen Atmosphäre müssen erhalten bleiben.

Im einzelnen gab die Referentin einen Überblick über den Schulbau. Allein in ihrer "Aera" wurden zwei Milliarden Schilling ausgegeben.

Das neue "Haus des Buches" wird am 15. Jänner offiziell eröffnet werden.

Das Wiener Musikleben muß vor allem von den Musikbegeisterten und Musikausübenden getragen werden um die künftige Position Wiens als Stadt der Musik zu sichern.

Für den Bau von Großsportanlagen stehen 57,9 Millionen zur Verfügung. Insgesamt werden für Sportförderung 93 Millionen ausgegeben. Bei den Festwochen beklagt die Kulturstadträtin das "Subventionsgefälle von West nach Ost, von Bregenzer und Salzburger Festspielen zu den Wiener Festwochen". Auch die Symphoniker werden vom Bund nicht ihrer Bedeutung entsprechend subventioniert.

Die Stadt Wien subventioniert die Wiener Theater mit 49 Millionen; für Stiftungen und Forschungsaufträge sind 67,7 Millionen vorgesehen. Zur Erhaltung der historischen Bauwerke Wiens sei ein Altstadtgesetz in Vorbereitung.

In der Debatte sprachen die Gemeinderäte Dr. Tuma (DFP), Dr. Wolfram (FPÖ), Dr. Drimmel (ÖVP), Herbert Mayr (SPÖ), Bittner (ÖVP) und Wiesinger (SPÖ).